

Economiesuisse

Rudolf Wehrli fordert Nachhaltigkeit in allen Bereichen

Der neue Economiesuisse-Präsident Rudolf Wehrli hat an der Jahresmedienkonferenz für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik – aber auch für nachhaltige Strategien im Sozialbereich und in der Verkehrs- und Energiepolitik plädiert. Direktor Pascal Gentinetta präsentierte die wichtigsten Ziele und Schwerpunkte auf der Agenda für das laufende Jahr.

Der neue Economiesuisse-Präsident Rudolf Wehrli stellt sein erstes Amtsjahr unter das Schwerpunktthema Nachhaltigkeit. Der Begriff dürfe aber nicht auf die ökologische Dimension reduziert werden, genauso wichtig seien ökonomische und soziale Fragen, sagte Wehrli an der Jahresmedienkonferenz des Wirtschafts-Dachverbands in Zürich.

Wehrli skizzierte entlang dieser drei Dimensionen die wichtigsten Themen 2013. «Ausgeglichene Staatsfinanzen sind die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung», betonte er. Dank der Schuldenbremse stehe die Schweiz heute gut da. Aber aufgrund der Probleme bei den Sozialwerken sei eine steigende Verschuldung absehbar. Deshalb müsse die Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen ausgeweitet werden, um die sich abzeichnende unkontrollierte Schuldenwirtschaft zu verhindern.

«Die Schweiz braucht auch künftig auf allen Stufen bestens ausgebildete Arbeitskräfte.»

Für das duale Bildungssystem und Integration

Daneben warb Wehrli unter dem Stichwort der sozialen Nachhaltigkeit für eine Stärkung des dualen Berufsbildungssystems: «Dieses garantiert breite Berufschancen für viele, bei hoher Durchlässigkeit nach oben.» Wenn die Schweiz als Hochlohnland auch in Zukunft an der Spitze stehen wolle, brauche das



Rudolf Wehrli, Präsident von Economiesuisse, und Direktor Pascal Gentinetta (im Hintergrund).

Land auf allen Stufen bestens ausgebildete Arbeitskräfte – insbesondere im so genannten MINT-Bereich, betonte Wehrli.

Es gehöre aber gleichzeitig auch zur Pflicht der Wirtschaft, bei der Integration derer mitzuhelfen, die Mühe bekunden, in diesem System ihren Platz zu finden. Deshalb unterstütze Economiesuisse in Absprache mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband Initiativen, die sich um Jugendliche ohne Ausbildung, Langzeitarbeitslose oder ältere Arbeitnehmer kümmern.

Gegen die Minder-Initiative

Wehrli nahm in seinem Referat auch Stellung zur Debatte über die Minder-Initiative. Zwar seien die Beweggründe hinter der Initiative nachvollziehbar, sie schiesse aber weit übers Ziel hinaus. «Die Initiative schwächt die Schweizer Volkswirtschaft, schafft Rechtsunsicherheit,

schränkt die unternehmerische Freiheit ein, gefährdet das Zusammenspiel von grossen und kleinen Firmen in der Schweiz und setzt so Arbeitsplätze aufs Spiel», erklärte Wehrli. Der indirekte Gegendvorschlag wirke besser und schneller gegen überrissene Löhne als die Initiative.

Für offenen Energiemarkt und Mobility Pricing

Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit liegen die Schwerpunkte vor allem bei der «Energistrategie 2050» des Bundes, aber auch bei der Verkehrsfinanzierung. Erstere verfolgt die Wirtschaft mit Sorge. «Die Vorlage des Bundesrats gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz», warnte Wehrli. Die Energistrategie setze zu stark auf staatlichen Dirigismus, statt die Marktkräfte zu stärken. «Wir brauchen eine stärkere internationale Anbindung, eine

weitere Marktöffnung und einen forcierten Netzausbau.»

Im Verkehr bestehen heute viele falsche finanzielle Anreize für die Nutzer. «Die Mobilität ist generell zu billig, deshalb steigt der Verkehr stetig an», sagte Wehrli. Die Folgen sind Überlastung von Strasse und Schiene, Ressourcenverschleiss und Zersiedelung. Economiesuisse wird deshalb weiter auf die Vision eines verkehrsträgerübergreifenden Mobility Pricings hinarbeiten, bei dem jeder Nutzer – egal ob auf Schiene oder Strasse – die vollen Kosten trägt. Als Zwischenschritte müssten die Preise im öffentlichen Verkehr wesentlich stärker verursachergerecht ausgestaltet und Public-Private-Partnership-Modelle bei Projekten im Strassenverkehr und weiteren Infrastrukturprojekten systematischer genutzt werden.

Wirtschaftspolitisch ein dicht befrachtetes Jahr

Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta warf in seiner anschliessenden Tour d’Horizon einen Blick auf die wichtigsten Meilensteine der wirtschaftspolitischen Agenda 2013. Nach der Minder-Initiative droht mit der 1:12-Initiative bereits der nächste Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz. «Economiesuisse wird sich für eine liberale Wirtschaftsordnung einsetzen und die Initiative der Jungsozialisten entschieden bekämpfen», erklärte Gentinetta.

Gentinetta betonte dabei das marktwirtschaftliche und nachhaltige Credo für die Schweizer Wirtschaftspolitik. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf langfristige Wachstumstreiber und marktwirtschaftliche Prinzipien statt staatliche Eingriffe gelegt werden. Economiesuisse werde auch die Entwicklung der Finanz- und Verschuldungskrise genau verfolgen und entsprechende Schlussfolgerungen für die Schweiz ziehen – insbesondere auch zu frühzeitigen Exit-Massnahmen bezüglich der Wechselkursuntergrenze zum Euro.

In der Aussenwirtschaftspolitik steht laut Gentinetta der möglichst ungehinderte grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen im Zentrum. «In diesem Zusammenhang ist für die Wirtschaft ein quantitativer und qualitativer Ausbau der Freihandelsabkommen der Schweiz prioritär», sagte der Direktor.

Weitere Schwerpunkte

Weitere Schwerpunkte bilden die Unternehmenssteuerreform III im Kontext des EU-Steuerstreits, die Konsolidierung der bilateralen Verträge und der Einsatz der Wirtschaft gegen die – so Gentinetta – «gefährlichen Zuwanderungsinitiativen» der SVP und von Ecopop: Diese gelte es wie auch ein allfälliges Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien aktiv zu bekämpfen. Gleichzeitig müsse dort, wo

Probleme auftauchen, auf nachhaltige Lösungen hingearbeitet werden.

«Der Ausbau der Freihandelsabkommen ist für die Schweizer Wirtschaft prioritär.»

Im Bereich Infrastruktur, Energie und Umwelt wird sich Economiesuisse gemäss Gentinetta weiterhin für einen funktionierenden Wettbewerb einsetzen. Bei der Priorisierung künftiger Infrastrukturprojekte seien Rentabilitätsüberlegungen unbedingt miteinzubeziehen und Grossinvestitionen im Strassenverkehr auch via Public-Private-Partnership-Lösungen zu realisieren.

Innovationskraft der Schweiz langfristig erhalten

Beim Thema Bildung und Forschung will sich der Wirtschafts-Dachverband für einen Abbau der Technologiefeindlichkeit und die Förderung der MINT-Fachbereiche in der Schule einsetzen. «Nur wenn es uns gelingt, hier Gegensteuer zu geben, kann die Schweiz ihre grosse Innovationskraft langfristig erhalten», betonte Direktor Pascal Gentinetta. ■ (MM/Pfi.)



E+S ASW

ABACUS Business Software – Version Internet

- > Vollständig neu in Internetarchitektur entwickelte ERP-Gesamtlösung
- > Skalierbar und mehrsprachig
- > Rollenbasiertes Benutzerkonzept
- > Unterstützung von Software-as-a-Service (SaaS)
- > Lauffähig auf verschiedenen Plattformen, Datenbanken und Betriebssystemen

www.abacus.ch

